



Hoch die Fäuste! Frauen in Amritsar im Bundesstaat Punjab beteiligen sich am Rekordstreik in Indien.
Foto: Getty.

Indien: 200 Millionen gegen Premierminister Modi

Grösster Streik der Geschichte

Von Landarbeiterinnen bis zu Angestellten in Atomkraftwerken: 48 Stunden lang zeigten sie alle, was sie von Indiens Regierung halten. Zehn der zwölf grossen Gewerkschaftsverbände Indiens hatten zum zweitägigen Ausstand am 8. und 9. Januar aufgerufen. Sie konnten Arbeiterinnen und Arbeiter in allen Industrie- und Dienstleistungsbranchen mobilisieren. Unabhängige Angestelltenorganisationen schlossen sich ihnen an, zum Beispiel von Atomkraftwerken. Strassenverkäuferinnen oder Taxifahrer aus dem informellen Sektor machten mit. In diesem arbeiten nach einer Schätzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC) 90 Prozent der Inderinnen und Inder. Und Bauernverbände, die den zwei kommunistischen Parteien nahestehen, hatten erklärt, auch das ländliche Indien lahmzulegen. So kam der Rekordstreik zustande: Um die 200 Millionen beteiligten sich an Demonstrationen; Fabrik-, Verwaltungs- und Schulschliessungen oder Verkehrsblockaden im ganzen Land. Die konservative „Times of India“, die grösste englischsprachige Zeitung des Landes, berichtete von nur einem grösseren Zusammenstoss zwischen Streikenden und Polizei. Im Bundesstaat Rajasthan wurden bei der versuchten Besetzung einer japanischen Fabrik 22 Polizisten und 50 Arbeiter verletzt.

Mindestlohn & Mindestrente

Hauptforderung des Megastreiks war die Rücknahme eines von der regierenden hindu-nationalistischen BJP bereits verabschiedeten neuen Gewerkschaftsgesetzes, das die Organisation der Beschäftigten in den Betrieben erheblich erschwert. Premierminister Narendra Modi wolle damit in den Betrieben «sklavenähnliche Bedingungen» schaffen, erklärte die kommunistische Gewerkschaft CITU. In einer gemeinsamen Erklärung forderten die beteiligten Gewerkschaftsverbände unter anderem einen nationalen Mindestlohn von umgerechnet 210 Franken und eine Mindestrente von 40 Franken. Die Leiharbeit soll auf 12 Monate beschränkt werden, und die Regierung soll ihre Privatisierungspläne in der Industrie und bei den Eisenbahnen stoppen. Dieser Forderungskatalog nimmt zum Teil Versprechen Modis zur Beseitigung der Armut wieder auf, denen er seinen erdrutschartigen Wahlsieg bei den letzten Parlamentswahlen von 2014 verdankte. Seine Deregulierungen und Privatisierungen der früher weitgehend staatlich gelenkten Wirtschaft führten dann zwar zu deutlichen Wachstumsraten, jedoch auf Kosten der Löhne und der Arbeitslosen, deren offiziell registrierte Zahl praktisch unverändert blieb. Die von den Oppositionsparteien geführten Gewerkschaften setzen jetzt nach dem Streikerfolg darauf, dass Modi bei den Neuwahlen im Mai die Quittung für seine gebrochenen Versprechen erhält.

Zutritt für Frauen Tumulte im Tempel

Fünf Millionen Frauen demonstrierten am 1. Januar im südlichen indischen Bundesstaat Kerala mit einer 620 Kilometer langen Menschenkette für ihre Gleichberechtigung in allen gesellschaftlichen Belangen. Auch in religiösen Angelegenheiten. Denn das war der Anlass: Das Oberste Gericht Indiens hatte im letzten September die Öffnung des berühmten hinduistischen Sabarimala-Tempels auch für Frauen im menstruationsfähigen Alter erzwungen.

Gewalt

Die Durchsetzung der verfassungsmässigen rechtlichen Gleichstellung von Männern und Frauen führte nicht nur in Kerala zu Tumulten. Denn die Regierungspartei BJP läuft Sturm gegen diesen Gerichtsentscheid. Horden ihrer Anhänger verhinderten mit Gewalt den Zutritt von etwa einem Dutzend jüngerer Frauen zum Tempel.

Michael Stötzel.

Work online, 18.1.2019.

Personen > Stötzel Michael. Indien. Streik. Work online, 2019-01-18